

Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Stadt R a n i s  
(Spielapparatesteuer -SPAPST-)  
vom 10.09.2013

Aufgrund der §§ 19 Abs.1 und 21 der Thüringer Gemeinde - und Landkreisordnung ( ThürKO ) vom 16.08.1993 ( GVBl. S.501 ) sowie der §§ 1, 2 und 5 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes ( ThürKAG ) vom 09.08.1991 ( GVBl. S.329 ), hat der Stadtrat der Stadt R a n i s, in der Sitzung vom 14.12.1995 die folgende Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte beschlossen, die nach der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde des Saale-Orla-Kreises vom 25.01.1996 hiermit bekanntgemacht wird.

§ 1  
Steuererhebung

Die Stadt erhebt eine Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte als örtliche Aufwandssteuer nach Maßgabe des in § 2 im aufgeführten Besteuerungstatbestandes.

§ 2  
Steuerungsgegenstand, Besteuerungstatbestand

Gegenstand der Steuer ist der Aufwand für die Benutzung von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten, soweit sie öffentlich zugänglich sind. Sportgeräte wie Billard, Darts und Tischfußball sowie Musikautomaten unterliegen nicht der Spielapparatesteuer.

§ 3  
Bemessungsgrundlagen

Bemessungsgrundlage ist die Anzahl der Apparate.

§ 4  
Steuersätze

(1) Die Steuer beträgt:

1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit
  - in Gaststätten 75,00 DM
  - in Spielhallen 150,00 DM
  - je Kalendermonat und Gerät,
2. für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit mit Ausnahme der Apparate nach Ziffer 3
  - in Gaststätten 40,00 DM
  - in Spielhallen 80,00 DM
  - je Kalendermonat und Gerät,
3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben 400,00 DM  
je Kalendermonat und Gerät,

(2) Angefangene Kalendermonate sind voll zu berechnen.

§ 5  
Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Veranstalter, wobei der Halter ( Eigentümer bzw. derjenige, dem der Apparat vom Eigentümer zur Nutzung überlassen ist ) als Veranstalter gilt.

§ 6  
Anzeigepflicht

Der Veranstalter ist verpflichtet, das Aufstellen von Apparaten schriftlich unter Angabe des Aufstellungsortes, der Art des Gerätes, des Zeitpunktes der Aufstellung bzw. Entfernung, des Namens und der Anschrift des Aufstellers innerhalb von 1 Woche der Stadt mitzuteilen.

§ 7  
Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuerschuld entsteht mit der Verwirklichung des Besteuerungstatbestandes.
- (2) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, die Steuer selbst zu errechnen. Bis zum 15. Tage nach Ablauf eines Kalendervierteljahres ist dem Steueramt eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die errechnete Steuer an die Stadt-Kasse zu entrichten. Ein Steuerbescheid ist nur dann zu erteilen, wenn der Steuerpflichtige eine Steuererklärung nicht abgibt oder die Steuerschuld abweichend von der Erklärung festzusetzen ist.

§ 8  
Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Vertreter der Stadt sind berechtigt, während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeiten zur Nachprüfung der Steuererklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betreten und Geschäftsunterlagen einzusehen.

§ 9  
Geltung des Gesetzes über kommunale Abgaben

Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Abgaben in ihrer jeweiligen Fassung.

§ 10  
Übergangsvorschriften

Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits aufgestellten Apparate sowie die bereits unterhaltenen Spielbetriebe sind der Stadt durch den Veranstalter spätestens innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten der Satzung mitzuteilen.

§ 11  
Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.1992 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung einer Abgabe für das Betreiben von Spielautomaten vom 11.06.1992 einschließlich ihrer Änderungsbeschlüsse vom 17.06.1993 und vom 25.11.1993 außer Kraft.

Ranis, 10.09.2013

Stadt Ranis

Gliesing  
Bürgermeister



Bekanntmachungshinweis zur Spielapparatesteuersatzung

Verstöße wegen der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die nicht die Genehmigung, Ausfertigung und diese Bekanntmachung betreffen, können gegenüber der Stadt geltend gemacht werden. Sie sind schriftlich unter Angabe der Gründe geltend zu machen. Werden solche Verstöße nicht innerhalb einer Frist von einem Jahr geltend gemacht, so sind diese Verstöße unbeachtlich.